

Die Corona-Krise ist neben der gesundheitlichen Katastrophe und der damit einhergehenden Beschränkung der Freiheitsrechte auch eine Finanz- und Wirtschaftskrise. Welche Lehren Deutschland und Europa aus den vergangenen Monaten ziehen sollten, diskutiert die Gründerin der Convoco-Stiftung, Corinne M. Flick, mit dem Professor für Volkswirtschaftslehre, Clemens Fuest, in ihrem Podcast, den wir hier auszugsweise wiedergeben.

Wir sehen in Europa eine Kombination aus hoher Verschuldung und niedrigen Investitionen. Ist das nicht widersprüchlich?

Ja, das ist widersprüchlich, wenn man die Vorstellung hat, dass Schulden nur dann gemacht werden, wenn dafür auch etwas erworben wird, was in Zukunft Erträge abwirft. Derzeit werden aber Schulden gemacht, um die Folgen der Krise abzufedern und um denen zu helfen, die besonders betroffen sind. Das sind dann Schulden, die zu Konsum führen. Allerdings wurden in den letzten Jahren in vielen Staaten öffentliche Schulden angehäuft, die nicht für Investitionen eingesetzt wurden. Das ist ein Problem, was die Nachhaltigkeit angeht. **Welche Anreize kann man schaffen, damit das Geld produktiv ist?**

Es gibt eine lange Debatte darüber, ob man mit Regeln die Politik dazu bringen kann, nachhaltiger zu handeln. Mangelnde Nachhaltigkeit kann bedeuten, hohe Schulden zu machen oder nicht zu investieren. Eine große Schwierigkeit dabei ist die Frage, was genau Investitionen sind. Investitionen sind nicht nur Bauprojekte, sondern beispielsweise auch Bildungsausgaben. Schulden daran zu binden ist deutlich schwieriger, zumal wenn man die Nettoinvestitionen erfassen will, also den Zuwachs des öffentlichen Vermögens. Bildungsinvestitionen haben hohe Abschreibungen, da Generationen in Rente gehen und nicht mehr arbeiten. Letztlich muss der demokratische Prozess dafür sorgen, dass nachhaltig investiert wird. **Welche Art von Investitionen würden Sie sich wünschen?**

Erstens: Wir brauchen Investitionen, um die Digitalisierung zu schaffen. Wir brauchen in Europa grenzüberschreitende Investitionen in Daten- und Verkehrsinfrastrukturen. Zweitens: Wir brauchen vor allem mehr private Investitionen. Öffentliche Investitionen machen nur etwa zehn Prozent aller Investitionen aus. Die Zukunft wird letztlich bei den privaten Investitionen gewonnen oder eben verloren. Drittens: Wir brauchen Investitionen in Bildung und Ausbildung.

Das ist das, was mir im Moment die größten Sorgen macht: Wir fahren die Ausbildungsinvestitionen herunter. Durch die Schulschließungen geht es gar nicht anders, aber die Frage, wie wir das über die nächsten Jahre ausgleichen, ist sehr wichtig. Bildungsinvestitionen wären tatsächlich meine Priorität.

Sind Investitionen, die das Wachstum erhöhen, auch bei hoher Staatsverschuldung zu rechtfertigen?

Gerade wenn man hohe Staatsschulden hat, ist es sinnvoll, dass man das Wachstum fördert, und ein wichtiger Ansatz dafür ist die Förderung von Investitionen. Der größte Teil der Investitionen ist privat. Wir müssen daher vernünftige Bedingungen für private Investitionen schaffen. Teilweise gibt es da auch Gefahren, zum Beispiel im Bereich Klimaschutz. In der ganzen Welt wird immer wieder betont, dass Geld für grüne Investitionen benötigt wird. Ich habe die Sorge, dass das am Ende nur dazu führt, dass immer mehr dahingehend subventioniert wird, nicht zu verschmutzen. Stattdessen sollten wir aber die Verschmutzung verteuern und das Verursacherprinzip anwenden – vor allem über den einheitlichen CO₂-Preis. Wir brauchen natürlich auch Investitionen zur Anpassung an den Klimawandel, und wir müssen Forschung im Bereich der grünen Technologien vorantreiben. Letztlich sollte der Staat aber in erster Linie diese Rahmenbedingungen schaffen, statt selbst zu investieren oder Investitionen zu lenken.

Die EU hat den 750 Milliarden schweren Next Generation EU Fund eingerichtet. Ein Ziel des Fonds ist eine grünere, digitalere EU. Führt dies zu zusätzlichen Investitionen?

Es ist unklar, ob es sich wirklich um zusätzliche Investitionen

handeln wird oder ob letztlich nationale Mittel ersetzt werden. Jeder Mitgliedsstaat, der Geld erhält, kann auf eigene Investitionen verzichten und europäische Mittel dafür einsetzen, während das eigene Geld für Konsum verwendet wird. Der Fonds sieht Bedingungen vor, die versuchen, so etwas zu verhindern. Zum Beispiel müssen Staaten das Investitionsniveau der letzten Jahre in bestimmten Bereichen angeben. Die Schwierigkeit ist nur, dass viele Länder argumentieren werden, dass sie das Vorkrisenniveau der Investitionen gar nicht halten können und diese EU-Mittel

bräuchten, um Investitionen aufrechtzuerhalten. Letztlich ist es nicht möglich, die Verwendung der Mittel zu steuern. Das finde ich auch gar nicht so schlimm. Es wäre falsch, das Geld ausschließlich einzusetzen, um Staatsausgaben zu erhöhen. Vielmehr sollten wir gestatten, auch Steuern zu senken oder Schulden zurückzahlen.

Ist der Next Generation EU Fund der Einstieg in die Eurobonds?



INTERVIEW VON CORINNE M. FLICK

Müssen nach der Krise die Steuern erhöht werden?

Die Gründerin der Convoco-Stiftung spricht regelmäßig mit Vertretern aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur. Diese Woche mit dem Präsidenten des Münchner ifo-Instituts, Wirtschaftsprofessor **Clemens Fuest**



Convoco-Forum] in Salzburg. Im Convoco-Podcast spricht Corinne Flick, Gründerin und Vorstand der Stiftung, alle zwei Wochen mit wichtigen Vertretern der Gesellschaft. Das aktuelle Gespräch lässt sich hier hören:

Was ist CONVOCO?

Die Convoco-Stiftung bietet unterschiedliche Plattformen, die einen freien und interdisziplinären Gedankenaustausch zu gesellschaftlich relevanten Fragen ermöglichen und die Debatte beflügeln: Es gibt Lectures in Berlin und London, eine Konferenz (das



Das kommt immer darauf an, was man unter Eurobonds versteht. In der Finanzkrise und der Euroschuldenkrise sind Eurobonds als eine Vergemeinschaftung bestehender und neu aufzunehmender nationaler Schulden verstanden worden. Aus ökonomischer Sicht ist das Hauptproblem bei Eurobonds die Gefahr, dass einzelne Länder sehr hohe Schulden machen, weil sie die Kosten auf andere abwälzen können. Der Next Generation EU Fund ist aber eine einmalige, gemeinsame Schuldenaufnahme. Man kann unterschiedlicher Meinung sein, ob man das gut findet, aber Schulden werden hier nicht einfach vergemeinschaftet. Insofern denke ich nicht, dass das der Einstieg in Eurobonds im oben erläuterten Sinne ist.

Lange Zeit wurde dem Klimawandel von Politik und Wirtschaft zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Nimmt die Fokussierung auf das Klima nun in einigen Bereichen überhand?

Stärker als früher auf die Klimapolitik zu achten ist unbedingt notwendig. Innerhalb der EU besteht jedoch die Gefahr, dass wir zu planwirtschaftlich agieren und zu viele Politikbereiche mit klimapolitischen Anliegen überziehen. Zum Beispiel hat die EZB angekündigt, sich stark in den Klimaschutz einbringen zu wollen. Das ist problematisch. Natürlich hat der Klimaschutz unter Umständen Auswirkungen auf die Stabilität der Preisniveaus und auf Finanzkrisen, und das muss die Geldpolitik berücksichtigen. Es gibt zudem Diskussionen, ob in der Wettbewerbspolitik Klimaschutz eine Rolle spielen sollte, zum Beispiel, indem man Kartelle zulässt, wenn sie klimafreundlich sind. Ich halte das für fatal. Es gibt eine Arbeitsteilung in der Politik, und die lautet, dass sich jeder primär um seinen eigenen

Zuständigkeitsbereich kümmern muss. Für die Klimapolitik sind eben vor allem die Umweltpolitik und die Steuerpolitik zuständig.

Beobachten Sie eine schleichende Deliberalisierung der Wirtschaft?

Es gibt sicher eine Neigung, stärker steuernd einzugreifen. Das hat eine ganze Reihe von Gründen und ist latent sowieso immer vorhanden. Viele schauen im Moment auf die chinesische Volkswirtschaft, in der der Staat sehr stark eingreift und dabei relativ erfolgreich zu sein scheint. Teilweise wird die chinesische Politik hier auch missverstanden – China 2025 zum Beispiel, das große Technologieprogramm, das die chinesische Industrie in zehn Bereichen in eine Führungsposition bringen will. Viele haben die Vorstellung, auch Europa müsste jetzt wie ein Unternehmen definieren, in welchen Geschäftsfeldern es tätig sein will. Das ist ein gefährlicher Weg, weil die Politik eben nicht genau weiß, was die Geschäftsfelder der Zukunft sind und wo die komparativen Vorteile künftig liegen. Das muss erst entdeckt werden. Auch hier ist die Arbeitsteilung wichtig. Die Politik muss Dinge durchaus anstoßen, zum Beispiel in der Grundlagenforschung, vor allem aber muss sie Freiräume für unternehmerisches Handeln eröffnen und Marktsignale wirken lassen.

Zur Corona-Krise: Sind die aktuellen Einschränkungen mit einer freiheitlichen Wirtschaftsordnung vereinbar?

Ich denke, dass ein Konflikt zwischen diesen Maßnahmen und Freiheitsrechten nur sehr vordergründig besteht. Es gehört ja nicht zu Freiheitsrechten, dass man andere schädigen, im Fall der Pandemie also anstecken darf. Insofern könnte man sagen: „Freiheitsrechte beinhalten den Schutz vor Übergriffen anderer.“ Man könnte also argumentieren, dass Freiheitsrechte geradezu verlangen, dass Grundrechte eingeschränkt werden. Dabei ist es wichtig, nicht zu vergessen, dass Eingriffe begründungsbedürftig sind. Das wird derzeit an der Debatte über die Frage, was Geimpften erlaubt sein soll, deutlich. Es wird ja sehr stark gegen Ideen, dass geimpfte Personen zum Beispiel in Restaurants gehen dürfen, polemisiert. Tatsächlich ist es aber aus der freiheitlichen Perspektive unvermeidlich, dass man das gestattet, solange klar ist, dass das Virus nicht weitergegeben werden kann. Nicht die Gewährung von Grundrechten ist

begründungsbedürftig, sondern deren Einschränkung. Wenn die Begründung wegfällt, muss die Einschränkung enden.

Welche Folgen hat die gestiegene Staatsverschuldung? Stehen nach der Krise Steuererhöhungen an?

Die Staatsschulden sind natürlich eine Last, die alle Steuerzahler oder Empfänger staatlicher Leistungen trifft. Ökonomisch würde man sagen, dass es richtig ist, die Lasten über die Zeit zu verteilen. Das heißt, jetzt nicht sofort die Steuern massiv zu erhöhen oder Ausgaben zu kürzen, sondern Schulden zunächst stehen zu lassen und langsam über die Zeit wieder abzutragen. Wenn es Europa gelingt, zu gutem, vielleicht sogar zu höherem Wachstum zurückzukehren, könnte es sein, dass das ohne explizite Steuererhöhungen funktioniert.

Vor allem in den kommenden zwei, drei Jahren sollte man nicht über Steuererhöhungen oder große Ausgabenkürzungen reden. Ich würde zunächst versuchen, allein durch Wachstum Schulden wieder abzutragen.

Wie wird sich unsere Gesellschaft durch die Krise verändern?

Ich denke, die Gesellschaft wird nicht grundlegend anders aussehen als vor der Krise. Es wird aber schon einige Änderungen geben. Wir spüren alle einen Schub im Bereich der Digitalisierung, auch im Alltag. Vieles davon wird bleiben. Wir werden einen stärkeren Strukturwandel bekommen, und das ist nichts Negatives. Sorgen macht mir aber, dass hier ein Trend verstärkt wird, der schon vorher da war: Diejenigen, die sich in der Welt der Digitalisierung und des technischen Wandels gut zurechtfinden, werden die Gewinner sein, und das sind die gut Ausgebildeten. Wir haben jetzt eine junge Generation, die viel Ausbildung verpasst. Vor allem diejenigen, die ohnehin schon benachteiligt sind, werden es schwerer haben. Sorgen macht mir auch, dass wir uns auf einen stark von sozialen Medien und Überwachung geprägten Kapitalismus zubewegen. Wir haben in den letzten Jahren vielfach erlebt, dass soziale Medien, wie sie heute konstruiert sind und funktionieren, Polarisierung und Parallelrealitäten fördern. ■



Wissenschaftliches Gewissen
Volkswirtschaftsprofessor Clemens Fuest ist Präsident des ifo-Instituts und Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesfinanzministerium. Dieser wird als das „wissenschaftliche Gewissen“ des Ministeriums bezeichnet